WESTPFALZ-INFORMATIONEN

Ausgabe Nr. 122, Dezember 2006

Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) ab 2007 - was ist neu?

Reformierte EU-Strukturförderung ab 2007: die Westpfalz profitiert weiterhin

Ländlicher Raum und demografischer Wandel

Personalwechsel in der PGW-Geschäftsstelle

PGW-Geschäftsstelle mit neuen Telefonnummern

PLANUNGSGEMEINSCHAFT
WESTPFALZ

Zu diesem Heft

OB Dr. Bernhard Matheis
Vorsitzender

Zum 1. Januar 2007 greifen neue Förderrichtlinien des Bundes und der EU. Die teilweise bereits im Vorfeld heftig diskutierten neuen räumlichen und sächlichen Zuschnitte bringen auch für die Region Westpfalz Veränderungen mit sich.

Neben der zunächst offensichtlichen Verringerung des sog. C-Fördergebietes der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW), bringt der 35. Rahmenplan für den Zeitraum 2006 bis 2009 z.B. einen neuen Fördertatbestand "Wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen" mit sich. Eine Zusammenstellung der ab 2007 geltenden Regelungen liefert die vorliegende Ausgabe der WESTPFALZ-INFORMATIONEN ebenso wie einen Kurzabriss der Neuerungen bei der EU-Strukturförderung.

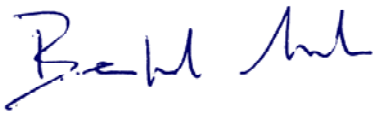
Dabei spielt die Reform der Strukturpolitik für den ländlichen Raum naturgemäß für die Region Westpfalz eine große Rolle. So soll die sog. zweite Säule der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) über die Einrichtung des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) künftig für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, die Verbesserung der Umwelt und der Landschaft durch Förderung der Landbewirtschaftung sowie für die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum sorgen.

Von zentraler Bedeutung ist dabei das neue Landesprogramm "Programm Agrarbusiness, Umwelt, Landesentwicklung" (PAUL), mit dem Investitionen innerhalb und außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, freiwillige Agrar- und Waldumweltmaßnahmen sowie die Dorferneuerung und die Umsetzung integrierter lokaler Entwicklungsansätze gefördert werden sollen.

Ergänzt wird diese Ausgabe mit dem Abdruck eines Berichtes über den Bundeskongress Ländliche Räume vom Oktober 2006 in Berlin.

Das Heft schließt mit Hinweisen in eigener Sache.

OB Dr. Bernhard Matheis
Vorsitzender



Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) ab 2007 - was ist neu?[1]

Im südwestdeutschen Raum sind nur noch Teile des Saarlandes und in Rheinland-Pfalz Teile der Westpfalz (auch diese reduziert) in der sog. C- Fördergebietskulisse verblieben.

In der sog.

- Fördergebietskulisse Idar-Oberstein (mit Teilen des LK Kusel): 27.830 Einwohner
- Fördergebietskulisse Pirmasens (KS Pirmasens und KS Zweibrücken, sowie Teilen des LK Südwestpfalz: 157.743 Einwohner
- Fördergebietskulisse Kaiserslautern (Teile des LK Donnersbergkreis, LK Kaiserlautern sowie Teilgebieten der KS Kaiserslautern):113.069 Einwohner

sind also insgesamt knapp 300.000 Einwohner (entspr. etwa 54% der Gesamtbevölkerung) betroffen[2] (vgl. Karte auf der Folgeseite).

Die neue Fördergebietsabgrenzung basiert dabei erstmals auf einem gesamtdeutschen Indikatoren-Modell. Für die alten Bundesländer (einschl. Berlin) dient das von der EU vorgegebene einwohnerbasierte Fördergebietsplafonds; d.h. eine gewisse Einwohnerhöchstzahl ist bei der Zuweisung von Fördergebieten zu beachten. Für Deutschland gilt die Vorgabe von 11,0% (entspr. rund 9,1 Mio. Einwohner) der Gesamtbevölkerung. Damit hat sich gegenüber der bis einschl. 2006 gültigen Regelung das Fördergebietsplafonds um rund ein Drittel verringert.

Zu den strukturschwachen Gebieten zunächst im Rahmen der Abschneidegrenze von 11 Prozent gehören in Rheinland-Pfalz der Landkreis Birkenfeld und die Arbeitsmarktregion Pirmasens (Landkreis Südwestpfalz, kreisfreie Städte Pirmasens und Zweibrücken)[3] .

Die Länder konnten aber untereinander durch Freigabe sog. Kontingente auch weitere Gebiete einbeziehen, soweit die grundsätzlichen Beihilferegelungen der EU beachtet wurden. Hieraus ergibt sich letztlich die der EU zur Genehmigung vorgelegte Fördergebietskulisse auch für die Region Westpfalz unter Einbeziehung von Teilen der Arbeitsmarktregion Kaiserslautern.

Im C-Fördergebiet gelten ab 2007 Förderquoten von 15% für große Unternehmen (ab 250 Arbeitsplätzen, 43 Mio. Euro Bilanzsumme), im Bereich der kreisfreien Stadt Zweibrücken sind hierfür lediglich 10% angesetzt. Für KMU sind landesseitig Aufstockungen der Förderquote auf bis zu 21% vorgesehen; eine entsprechende Verwaltungsvorschrift ist in Vorbereitung [4].

Zentrale Elemente des Förderkonzepts (6 Gebietskategorien)

- Nicht-investive Förderung zugunsten der gewerblichen Wirtschaft (v.a. KMU)
- Tourismusförderung (wie gewerbliche Wirtschaft, bei mindestens 30% Beherbergungsumsatz)
- Infrastrukturförderung
- Integrierte regionale Entwicklungskonzepte und Regionalmanagement
- Kooperationsnetzwerke und Clustermanagement
- NEU: Wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen

---

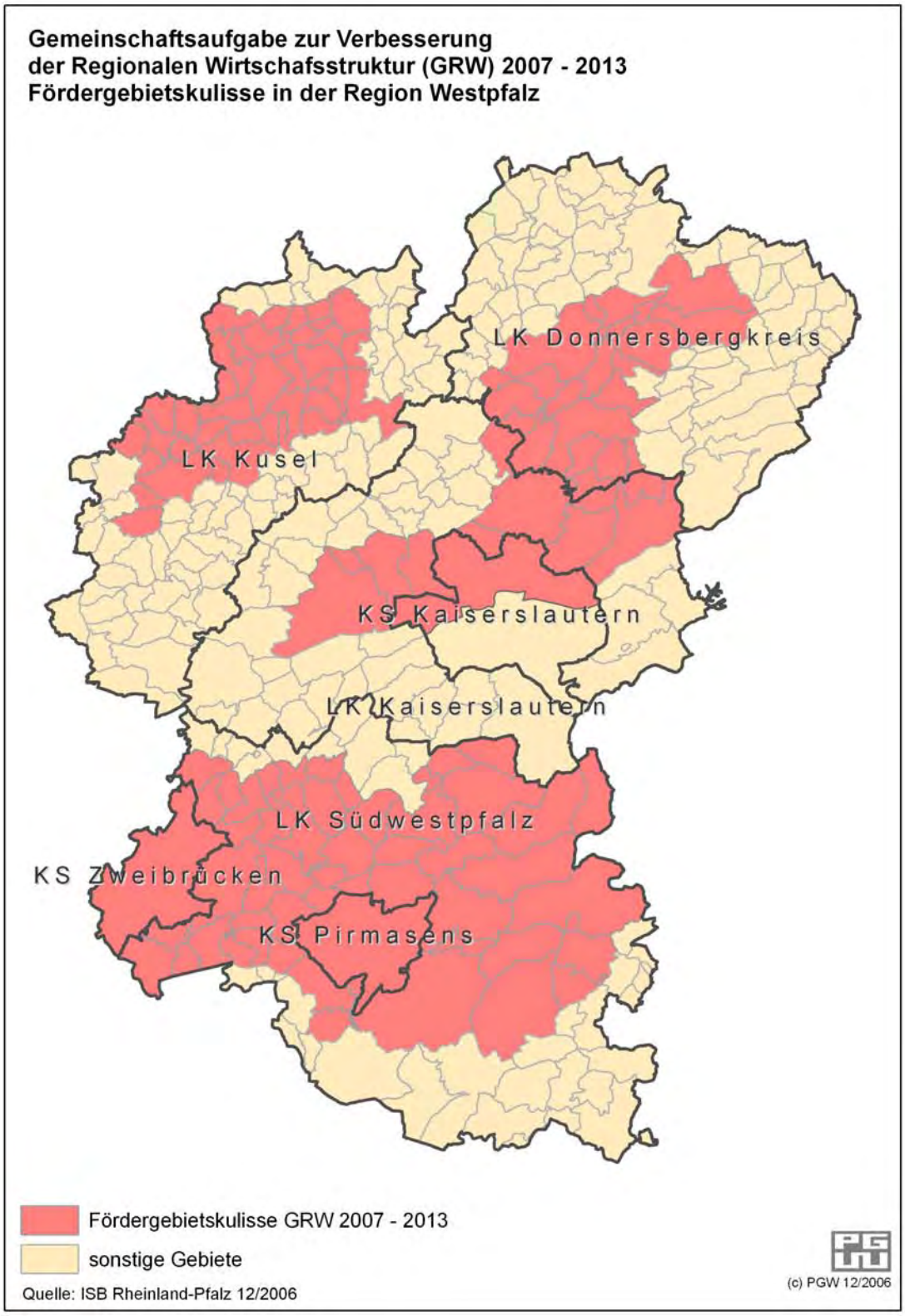
[1] Vgl. Fünfunddreißigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für den Zeitraum 2006 bis 2009, Bundestagsdrucksache 16/1790 vom 07.06.2006

[2] Mitteilung der ISB vom 21.11.2006

[3] Vgl. Schwegler, B. Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ab 2007, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9.2006, S. 533 ff.

[4] telefonische Auskunft der ISB vom 03.01.2007

Unter dem Element "Integrierte regionale Entwicklungskonzepte und Regionalmanagement" (gilt seit dem 24. Rahmenplan) können Vorhaben des Regionalmanagements für maximal drei Jahre mit jährlich bis zu 200.000 Euro gefördert werden.



Die seit Januar 2005 geltende Förderregel mit dem Angebot "Kooperationsnetzwerke und Clustermanagement" ermöglicht die Unterstützung von Kooperationen zwischen Unternehmen und wirtschaftsnahen Partnern/Institutionen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

Förderfähig sind bei Vorhaben zum Aufbau überbetrieblicher Strukturen in der Anlaufphase bis zu 300.000 Euro, bei größeren Vorhaben sogar bis 500.000 Euro. Die beteiligten Partner haben eine Eigenleistung von mindestens 30 Prozent der Projektkosten zu leisten; Anträge können bis 31.12.2008 bewilligt werden.

Der im 35. Rahmenplan erstmalig aufgenommene Fördertatbestand "Förderung von Investitionen von gemeinnützigen außeruniversitären wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen" ermöglicht – befristet bis zum 31.12.2008 – die Unterstützung entsprechender Einrichtungen mit Fördersätzen, die denen der gewerblichen Wirtschaft entsprechen.

Antragsberechtigt sind insbesondere Institutionen/Einrichtungen,

- die Forschung & Entwicklung (FuE) auf wissenschaftlichen oder technischen Gebieten betreiben
- die qualifizierte wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigen
- die vorrangig auf FuE Leistungen für KMU ausgerichtet sind
- deren FuE-Anteil mindestens 70 Prozent der Gesamtleistung beträgt
- die keine institutionelle Förderung aus öffentlichen Haushalten erhalten und die KMU-Kriterien erfüllen

Genehmigung durch die EU

Die deutsche Fördergebietskulisse wurde Anfang November 2006 durch die Europäische Kommission genehmigt und bildet damit die verbindliche Grundlage für regionale Investitionsbeihilfen im Zeitraum 2007 – 2013.

Reformierte EU-Strukturförderung ab 2007 – die Westpfalz profitiert weiterhin

Die gesamte Strukturpolitik der EU ist - beginnend mit dem Förderzeitraum 2007 – 2013 - vollkommen neu gestaltet worden. Die bisherigen Fördergebietskulissen und die Zuordnung der Fonds sowie der Gemeinschaftsinitiativen sind umgeformt und insgesamt gestrafft worden.
Die "klassischen" Strukturfonds (Europäischer Fonds für die Regionale Entwicklung – EFRE, der Europäische Sozialfonds – ESF sowie der Kohäsionsfonds) speisen jetzt drei Ziele der Strukturförderung:

- Ziel 1: Konvergenz (inkl. ultra-periphere Regionen)
- Ziel 2: Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung
- Ziel 3: Europäische territoriale Kooperation

Die neue Ziel-1-Förderung betrifft in Deutschland weiterhin nur Teile der östlichen Bundesländer; die Westpfalz ist hiervon nicht berührt.

Da aber das neue Ziel 2 (fasst die bisherigen Ziele 2 und 3 thematisch, nicht mehr gebietsbezogen, zusammen) auf praktisch das gesamte übrige EU-Gebiet (die sog. Nicht-Konvergenz-Regionen) ausgedehnt wurde, profitiert die Westpfalz in der neuen Förderperiode erstmals ohne räumliche Einschränkung von dieser Fördermöglichkeit. Hierunter fallen auch die bisherigen Initiativen URBAN II und EQUAL, die im neuen Ziel 2 aufgehen.

Nach Ziel 2 sind für Deutschland im gesamten Förderzeitraum rund 9,4 Mrd. Euro veranschlagt worden. [5]

Für Ziel 3 (neu) wurden im Oktober 2006 von der EU-Kommission die Regionen benannt, die in der neuen Förderperiode förderfähig sein werden und in den Nachfolgeprogrammen von INTERREG III A und B (grenzüberschreitende bzw. transnationale Zusammenarbeit) berücksichtigt werden können.

Im Amtsblatt der EU wurde die Liste der Räume im November 2006 veröffentlicht [6]; die für die Westpfalz relevanten räumlichen Zuschnitte sind wie folgt:

- Ausrichtung grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

  Kreisfreie Stadt Pirmasens, kreisfreie Stadt Zweibrücken, Landkreis Südwestpfalz

- Ausrichtung transnationale Zusammenarbeit:

  ehem. Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz (und damit die gesamte Region Westpfalz)

Nachfolgeprogramme von INTERREG III C sowie der Initiativen INTERACT, URBACT, ESPON (insgesamt der Komplex interregionale Zusammenarbeit) gelten ohnehin für das gesamte EU-Gebiet und bedürfen keiner gesonderten räumlichen Festlegungen.

Die Fördermaßnahmen nach Ziel 3 sind für Deutschland (wiederum im gesamten Förderzeitraum) mit insgesamt 851 Mio. Euro dotiert worden[7], davon 440 Mio. Euro für grenzüberschreitende und 270 Mio. Euro für transnationale Zusammenarbeit.

---

[5] Vgl. inforegio factsheet, October 2006 (European Union), zitierte Volumina zu aktuellen Preisen

[6] Vgl. Amtsblatt der EU L312/47 DE vom 11.11.2006, darin: ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION vom 31. Oktober 2006 zur Erstellung des Verzeichnisses der Regionen und Räume, die im Zeitraum 2007—2013 im Rahmen der grenzüberschreitenden und transnationalen Ausrichtungen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ Anspruch auf eine Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung haben

[7] Vgl. inforegio factsheet, October 2006 (European Union), zitierte Volumina zu aktuellen Preisen

GAP – ELER – PAUL: Reformierte EU-Strukturförderung ab 2007 auch im ländlichen Raum

Zudem hatten sich die EU-Agrarminister im Juni 2003 in Luxemburg auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geeinigt; mit der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 wurden die Richtlinien für den Zeitraum von 2007 bis 2013 festgelegt.

Die sog. erste Säule der GAP bilden die Gemeinsamen Marktordnungen, die über Marktstabilisierung den Landwirten ein verlässliches Einkommen garantieren und eine kontinuierliche Versorgung der europäischen Verbraucher sicherstellen soll.

Die Politik für ländliche Räume – die sog. zweite Säule der GAP - soll die Reformen der ersten Säule flankieren und gleichzeitig einen Beitrag zur Umsetzung der überarbeiteten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung und der Nachhaltigkeitsziele von Göteborg leisten. Dafür wurde der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) neu eingerichtet. Die Mittel des ELER sollen in Abstimmung mit den Maßnahmen der Europäischen Strukturfonds (EFRE, ESF) und unter Beachtung europäischer Zielsetzungen folgende Ziele unterstützen:

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft durch Förderung der Umstrukturierung, der Entwicklung und der Innovation
- Verbesserung der Umwelt und der Landschaft durch Förderung der Landbewirtschaftung
- Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft
- Der LEADER-Ansatz wird zur Entwicklung integrierter lokaler Entwicklungsstrategien als vierter Schwerpunkt einbezogen.

Die Förderung wird dabei in einem dreistufigen Planungsansatz (Europäische Leitlinien, nationaler Strategieplan, Programm) umgesetzt. Die Förderung soll neben der Umstrukturierung der Land- und Forstwirtschaft insgesamt einen Beitrag zur Diversifizierung und Innovation ländlicher Räume (in Umsetzung der sog. "Lissabon-Ziele") leisten.

Auf nationaler Ebene wurde in Deutschland einerseits der "Nationale Strategieplan" [8] und andererseits auf der Grundlage von Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) die "Nationale Rahmenregelung zur Entwicklung ländlicher Räume" [9] nach der ELER-Verordnung erstellt und von der Europäischen Kommission Anfang Oktober 2006 notifiziert.
Letztere enthält gemeinsame Bestandteile der regionalen Programme der Bundesländer und stellt damit die Verbindung zwischen dem Nationalen Strategieplan und den Länderprogrammen her.
In Deutschland wird gem. ELER-Verordnung eine nationale Vernetzungsstelle bei der Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft (BLE) eingerichtet. Die BLE wurde bereits als Vernetzungsstelle für die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ eingesetzt. Sie fungiert als Schnittstelle zwischen den nationalen Verwaltungen und Organisationen, die für die Umsetzung der Politik im ländlichen Raum zuständig sind, und dem Europäischen Netz für die Entwicklung des ländlichen Raums. Zugleich hält sie den Kontakt zu lokalen Akteuren, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartnern sowie potenziellen Zuwendungsempfängern.

Das Netzwerk soll über Informationssammlung, -analyse und -bereitstellung erfolgreiche Projektideen und innovative Ansätze zur Entwicklung der ländlichen Räume überregional bekannt machen und deren Umsetzung in den Regionen unterstützen.

---

[8] vgl.: BMELV, Nationaler Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007- 2013 vom 19.09.2006

[9] vgl. BMELV, Nationale Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume vom 06.10.2006

Die Maßnahmen, die zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen werden, sind in § 1 des GAK-Gesetzes wie folgt genannt:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft durch
  - rationellere Gestaltung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe,
  - markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung,
  - Ausgleich natürlicher Standortnachteile,
  - sonstige Maßnahmen, die unter besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Familienbetriebe für die gesamte Land- und Forstwirtschaft bedeutsam sind;
- Maßnahmen zur Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und Gestaltung des ländlichen Raumes durch Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur nach dem Flurbereinigungsgesetz einschließlich von Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes;
- Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz;
- wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur in der Land-, Fisch- und Forstwirtschaft durch
  - Förderung von Zusammenschlüssen land-, fisch- und forstwirtschaftlicher Erzeuger,
  - Errichtung, Ausbau, Zusammenfassung und Stilllegung von Vermarktungseinrichtungen zur Rationalisierung und Verbesserung des Absatzes land-, fisch- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse;

Rheinland-Pfalz hat die ELER-Förderung mit seinem Programm „Agrarbusiness, Umwelt, Landentwicklung“ (PAUL) umgesetzt [10]. Auf Rheinland-Pfalz entfallen einschließlich der Mittel der obligatorischen Modulation insgesamt rund 245 Mio. Euro (in aktuellen Preisen) und damit etwa 35 Mio. Euro pro Jahr[11].

PAUL ist faktisch die Zusammenfassung des Entwicklungsplans "Zukunftsinitiativen für den Ländlichen Raum" (ZIL) und des rheinland-pfälzischen LEADER + Programms und sieht folgende Schwerpunkte vor:

- Schwerpunkt 1: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft (ca. 37% der Mittel, ca. 81 Mio. Euro)
- Schwerpunkt 2: Verbesserung der Umwelt und der Landschaft (ca. 41% der Mittel, 90 Mio. Euro)
- Schwerpunkt 3: Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (ca. 11% der Mittel, 24 Mio. Euro)
- Schwerpunkt 4: Leader-Ansatz – integrierte lokale Entwicklungsstrategien (ca. 8% der Mittel, 17,5 Mio. Euro)
- Sonstiges: technische Hilfe (ca. 3% der Mittel, 6,5 Mio. Euro)

Zu Schwerpunkt 1 wurden vom MWVLW [12] bereits folgende Maßnahmen umrissen:

- Einzelbetriebliche Investitionsförderung einschl. zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe (hier u.a. Nutzung regenerativer Energien, Bioenergieerzeugung)
- Junglandwirteförderung (Verbesserung der Anreize zum Erhalt qualifizierten Nachwuchses in Landwirtschaft und Weinbau)

---

[10] vgl. http://www.mwvlw.rlp.de >Europa > ELER - PAUL
[11] vgl. Wochenbericht der Vertretung RP in Brüssel, 37. Kw, 15.09.2006
[12] vgl. Landtagsdrucksache 15/358 vom 12.10.2006, Kleine Anfrage und Antwort zum Entwicklungsprogramm PAUL

- Marktstrukturverbesserungen
- Förderung landwirtschaftlicher Infrastrukturen (ländliche Bodenordnung, landwirtschaftlicher Wegebau, Beregnungsmaßnahmen)

Die Prioritäten im Agrarumweltsektor[13] (Schwerpunkt 2) erstrecken sich sowohl auf Maßnahmen nach naturschutzfachlichen und wasserwirtschaftlichen Kriterien (insbesondere Natura 2000 und Wasserrahmenrichtlinie) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz als auch auf Einzelmaßnahmen mit ökologischem und kulturlandschaftserhaltendem Schwerpunkt im Geschäftsbereich des MWVLW (Auswahl):

- Steil- und Steilstlagenförderung
- Ökologischer Landbau
- Grünlandextensivierung
- Umweltschonender Anbau (biotechnischer Pflanzenschutz).

Auch wurden Hinweise zu den Schwerpunkten 3 bzw. 4 gegeben. So sollen über eine Sicherung der Kulturlandschaft und die Attraktivierung ländlicher Kommunen als Wohn- und Lebensraum der ländliche Raum insgesamt entwickelt und verbessert werden.

Die Fortführung des LEADER+ Ansatzes über lokale Aktionsgruppen (im Aktionszeitraum bis 2006 waren sieben Gruppen aktiv) dient weiterhin der Erschließung endogener Potenziale und wird u.a. über die Dorferneuerung, Regionalmanagement, kleinere touristische Entwicklungsmaßnahmen und ggf. überregionale Zusammenarbeit umgesetzt.

Bis zum Sommer 2007 will das MWVLW dafür "bis zu zehn" [14] lokale Aktionsgruppen auswählen, wobei die Fortführung bestehender Aktionsbündnisse nicht ausgeschlossen ist.

[13] Vgl. Strauss, F.-J. (MWVLW) Powerpoint/PDF-Dokument "ELER-PAUL Ziele & Strategie"; http://www.mwvlw.rlp.de
[14] Vgl. Pressemitteilung des MWVLW "Ländliche Entwicklung" vom 17.11.2006

Ländlicher Raum und demographischer Wandel

Demographischer Wandel und Förderpolitik sind bei Zukunftsbetrachtungen des ländlichen Raums immer unter den wichtigsten Fragestellungen. Unter dem Motto "Drohender Niedergang oder wachsende Attraktivität: Die Zukunft des ländlichen Raumes" hatte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 5. Oktober 2006 zum Bundeskongress nach Berlin eingeladen [15].

Der "Behördenspiegel" [16] hat im Nachgang von der Veranstaltung berichtet; wir geben den Bericht mit freundlicher Genehmigung des Verlages hier wieder.

Menschen fallen nicht vom Himmel

Der Kampf um den demographischen Kuchen

(BS/kw) "Drohender Niedergang oder wachsende Attraktivität: die "Zukunft der ländlichen Räume" lautete das Motto des Bundeskongresses Ländliche Räume, veranstaltet vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Zu diesem provokanten Titel debattierten in einer kontroversen Podiumsdiskussion Experten des demographischen Wandels. Es ging darum, wie man zum Beispiel die Menschen "im Dorf hält", um Förderpolitik und Schulfragen. Unterschiedliche Sichtweisen gab es vor allem bei der Förderpolitik.

Wissenschaftler *Dr. Reiner Klingholz*, Direktor des Berlin Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, bemerkte eingangs zu den Auswirkungen der demographischen Entwicklung: "Sie bedeutet nichts Gutes. Es wird bestimmte Regionen geben, wo im wahrsten Sinne des Wortes künftig die Menschen vom Himmel fallen müssen." Durch die sinkende Geburtenrate und Wanderungsbewegungen fehlt demnächst in bestimmten Regionen die "Generation der jungen, qualifizierten Frauen, die potenziellen Mütter".

Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, wehrte sich, die Entwicklung im ländlichen Raum so aussichtslos darzustellen. Die Trümpfe der Region lagen auf der Hand: wirtschaftliche Stärke in den Bereichen (erneuerbare) Energien, Land- und Lebensmittelwirtschaft. "Was wir brauchen: eine "new economy" für die ländlichen Regionen", forderte er.

Grabenkämpfe beenden

Hans-Jörg Duppré, Präsident des Deutschen Landkreistages (DLT) und Landrat im Kreis Südwestpfalz, suchte den Ausgleich: "Das Thema hat für die Kommunen auch Chancen. Diejenigen, die sich jetzt mit den kommenden Problemen beschäftigen, werden überleben." Er rief zu mehr interkommunaler Kooperation auf, zum Beispiel im Vereinswesen. Eine Zusammenarbeit "jenseits der Grabenkämpfe zwischen den Dörfern" könnte dazu führen, dass ihre Bevölkerung auch in Zukunft noch im Sportverein Fußball spielen kann – vor Ort.

Er rief zudem dazu auf, die Lebensqualität in den Dörfern zu verbessern. "Diese sehen zum Teil aus wie der berühmte Apfel: außen schön, innen faul. Am Rande der Dörfer finden Sie neue Infrastrukturen in Form von Gewerbegebieten, aber mit dieser Entwicklung halten die Dorfkerne nicht immer mit." Mehr Flexibilität zum Beispiel im Planungs- und Baurecht würde helfen, dass auch junge Paare sich dafür entscheiden, ein Haus mitten im Ortskern zu kaufen – jenseits der gesetzlichen Auflagen, die viele daran heutzutage hindern.

Dr. Patrick Steinpaß, Chefvolkswirt des Deutschen Sparkassen und Giroverbandes, Leiter der Abteilung Volkswirtschaft/Finanzmärkte, analysierte die Situation aus ökonomischer Sicht: Man müsse die "Kleinheit akzeptieren und organisieren". Zudem betonte er, dass sich die Gesellschaft künftig davon verabschieden müsse, dass es in Nordvorpommern die gleichen Einkommen gebe wie im Raum München (die allerdings sind natürlich heute schon nicht "gleich"). Er sprach sich für eine Politik aus, die die Differenzierungen der einzelnen Regionen berücksichtige. Das gelte auch für die Förderpolitik.

Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (links) auf dem Bundeskongress Ländliche Räume seines Ministeriums, mit dem dieses ein neues Gewicht bei den derzeit viel diskutierten Themen "Zukunft der ländlichen Räume "und "demographische Entwicklung" einbringen will. Seehofer forderte provokativ einen "geistigen Marshall-Plan", um die ländlichen Räume auch in Zukunft noch attraktiv zu halten. Er ging dabei auch um die zum Teil umstrittene Förderpolitik ein: "Es ist zu überlegen, wie künftig die finanziellen Mittel besser gebündelt, zielgenauer geführt und effektiver eingesetzt werden", sagte er. Foto: BS/BMELV

Positive Differenzierung

Deren Ausrichtung aus Sicht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung schilderte Staatssekretär *Dr. Engelbert Lütke Daldrup*. Er wies allerdings daraufhin, dass der Begriff "ländlicher Raum" sehr undifferenziert sei und man diese Räume in all ihrer Heterogenität sehen müsse. Es gebe nun einmal auch prosperierende ländliche Regionen, wie das Emsland ("knapp zwei Kinder pro Frau!") oder das Münsterland ("wo ich selbst herkomme!"). Die Bundesregierung beabsichtige bei der Förderpolitik eine Doppelstrategie: einerseits Förderung in der Fläche – "auch wenn das oft ungerechterweise als Gießkannen-Förderung kritisiert wird" – andererseits "Wachstums-Cluster" gezielt zu fördern, "um starke Zentren als Ankerpunkte im Raum zu entwickeln".

Ökonom *Steinpaß* erwiderte hierauf: "Dazu brauchen wir aber eine Diskussion, was künftig konkret an Infrastrukturen angeboten werden soll; was soll gefördert werden?" Und DLT-Präsident *Duppré* merkte beim Streit um Förderung und Finanzen an: Ein Kernproblem für Kommunen und ländliche Regionen sei, dass sie ihren Haushalt in den Griff bekommen müssten. Nur auf der kommunalen Ebene sei es möglich, den demographischen Wandel aktiv zu gestalten. Dazu müssten die Bürger mitgenommen werden.

Und ihnen etwas geboten werden: "In meinem Kreis gibt es 84 Gemeinden. Wir haben 70 Kindergärten. Natürlich könnten wir diese zusammenlegen und nur die Hälfte anbieten, damit sie größer und wirtschaftlicher sind. Aber das wäre für die Kinder und Eltern nicht gut", gab er ein Beispiel, wie die Bevölkerung auf dem Land auf diesem gehalten werden muss. Auch Staatssekretär *Lütke Daldrup* betonte in diesem Zusammenhang, dass die Infrastruktur vor Ort, zum Beispiel für Familien und Kinder, erhalten werden müsse. "Small is beautiful" kann durchaus für Schulen gelten. Die Skandinavier haben damit gute Erfahrungen gemacht. Wir müssen Schulen auch in dünn besiedelten Regionen anbieten, sonst bleiben die Menschen nicht im Dorf", sagte er. Dass das nicht immer so ist, zeigt zum Beispiel Sachsen, wo in der Vergangenheit massiv Schulen geschlossen wurden und in Zukunft auch noch geschlossen werden.

Abschließend bemerkte *Klingholz* zur Förderpolitik: Auch wenn diese nachhaltig sei, werde es Regionen geben, "die sich entleeren und sterben". *Axel Noack*, Bischof der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, forderte, dass die Politik es schaffen müsse, den Menschen zu erklären, warum bestimmte Regionen gefördert werden und warum andere leer ausgehen.

Duppré wiederum wies auf "fehlgeschlagene Förderpolitik" auf der anderen Seite der Grenze seines Landkreises hin, nämlich im französischen Lothringen. Dort würden Wachstumskerne gefördert, und aufgrund einseitiger Förderung würden andere Regionen "verarmen". Wildwuchs bei der Förderung müsse natürlich bekämpft werden. "Es gibt wachsende und schrumpfende Regionen, aber diese Entwicklung betrifft auch Städte", sagte er. Dementsprechend müsse das Fördersystem schrittweise weiterentwickelt werden, "um dessen Treffsicherheit zu erhalten", schloss er.

Menschen fallen nicht vom Himmel - Der Kampf um den demographischen Kuchen

"Drohender Niedergang oder wachsende Attraktivität: die "Zukunft der ländlichen Räume" lautete das Motto des Bundeskongresses Ländliche Räume, veranstaltet vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Zu diesem provokanten Titel debattierten in einer kontroversen Podiumsdiskussion Experten des demographischen Wandels. Es ging darum, wie man zum Beispiel die Menschen "im Dorf hält", um Förderpolitik und Schulfragen. Unterschiedliche Sichtweisen gab es vor allem bei der Förderpolitik.

Wissenschaftler Dr. Reiner Klingholz, Direktor des Berlin Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, bemerkte eingangs zu den Auswirkungen der demographischen Entwicklung: "Sie bedeutet nichts Gutes. Es wird bestimmte Regionen geben, wo im wahrsten Sinne des Wortes künftig die Menschen vom Himmel fallen müssen." Durch die sinkende Geburtenrate und Wanderungsbewegungen fehlt demnächst in bestimmten Regionen die "Generation der jungen, qualifizierten Frauen, die potenziellen Mütter". Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, wehrte sich, die Entwicklung im ländlichen Raum so aussichtslos darzustellen. Die Trümpfe der Region lägen auf der Hand: wirtschaftliche Stärke in den Bereichen (erneuerbare) Energien, Land- und Lebensmittelwirtschaft. "Was wir brauchen: eine "new economy" für die ländlichen Regionen", forderte er.

[15] Mehr Infos unter: http://www.bundeskongress-laendliche-raeume.de
[16] http://www.behoerdenspiegel.de

Grabenkämpfe beenden

Hans-Jörg Duppré, Präsident des Deutschen Landkreistages (DLT) und Landrat im Kreis Südwestpfalz, suchte den Ausgleich: "Das Thema hat für die Kommunen auch Chancen. Diejenigen, die sich jetzt mit den kommenden Problemen beschäftigen, werden überleben." Er rief zu mehr interkommunaler Kooperation auf, zum Beispiel im Vereinswesen. Eine Zusammenarbeit "jenseits der Grabenkämpfe zwischen den Dörfern" könnte dazu führen, dass ihre Bevölkerung auch in Zukunft noch im Sportverein Fußball spielen kann – vor Ort. Er rief zudem dazu auf, die Lebensqualität in den Dörfern zu verbessern. "Diese sehen zum Teil aus wie der berühmte Apfel: außen schön, innen faul. Am Rande der Dörfer finden Sie neue Infrastrukturen in Form von Gewerbegebieten, aber mit dieser Entwicklung halten die Dorfkerne nicht immer mit." Mehr Flexibilität zum Beispiel im Planungs- und Baurecht würde helfen, dass auch junge Paare sich dafür entscheiden, ein Haus mitten im Ortskern zu kaufen – jenseits der gesetzlichen Auflagen, die viele daran heutzutage hindern.

Dr. Patrick Steinpaß, Chefvolkswirt des Deutschen Sparkassen und Giroverbandes, Leiter der Abteilung Volkswirtschaft/ Finanzmärkte, analysierte die Situation aus ökonomischer Sicht: Man müsse die "Kleinheit akzeptieren und organisieren". Zudem betonte er, dass sich die Gesellschaft künftig davon verabschieden müsse, dass es in Nordvorpommern die gleichen Einkommen gebe wie im Raum München (die allerdings sind natürlich heute schon nicht "gleich"). Er sprach sich für eine Politik aus, die die Differenzierungen der einzelnen Regionen berücksichtige. Das gelte auch für die Förderpolitik.

Positive Differenzierung

Deren Ausrichtung aus Sicht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung schilderte Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup. Er wies allerdings daraufhin, dass der Begriff "ländlicher Raum" sehr undifferenziert sei und man diese Räume in all ihrer Heterogenität sehen müsse. Es gebe nun einmal auch prosperierende ländliche Regionen, wie das Emsland ("knapp zwei Kinder pro Frau!") oder das Münsterland ("wo ich selbst herkomme!"). Die Bundesregierung beabsichtige bei der Förderpolitik eine Doppelstrategie: einerseits Förderung in der Fläche – "auch wenn das oft ungerechterweise als Gießkannen-Förderung kritisiert wird" – andererseits "Wachstums-Cluster" gezielt zu fördern, "um starke Zentren als Ankerpunkte im Raum zu entwickeln". Ökonom Steinpaß erwiderte hierauf: "Dazu brauchen wir aber eine Diskussion, was künftig konkret an Infrastrukturen angeboten werden soll; was soll gefördert werden?"

Und DLT-Präsident Duppré merkte beim Streit um Förderung und Finanzen an: Ein Kernproblem für Kommunen und ländliche Regionen sei, dass sie ihren Haushalt in den Griff bekommen müssten. Nur auf der kommunalen Ebene sei es möglich, den demographischen Wandel aktiv zu gestalten. Dazu müssten die Bürger mitgenommen werden. Und ihnen etwas geboten werden: "In meinem Kreis gibt es 84 Gemeinden. Wir haben 70 Kindergärten. Natürlich könnten wir diese zusammenlegen und nur die Hälfte anbieten, damit sie größer und wirtschaftlicher sind. Aber das wäre für die Kinder und Eltern nicht gut", gab er ein Beispiel, wie die Bevölkerung auf dem Land auf diesem gehalten werden muss.

Auch Staatssekretär Lütke Daldrup betonte in diesem Zusammenhang, dass die Infrastruktur vor Ort, zum Beispiel für Familien und Kinder, erhalten werden müsse. "Small is beautiful" kann durchaus für Schulen gelten. Die Skandinavier haben damit gute Erfahrungen gemacht. Wir müssen Schulen auch in dünn besiedelten Regionen anbieten, sonst bleiben die Menschen nicht im Dorf", sagte er. Dass das nicht immer so ist, zeigt zum Beispiel Sachsen, wo in der Vergangenheit massiv Schulen geschlossen wurden und in Zukunft auch noch geschlossen werden.

Abschließend bemerkte Klingholz zur Förderpolitik: Auch wenn diese nachhaltig sei, werde es Regionen geben, "die sich entleeren und sterben". Axel Noack, Bischof der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, forderte, dass die Politik es schaffen müsse, den Menschen zu erklären, warum bestimmte Regionen gefördert werden und warum andere leer ausgehen. Duppré wiederum wies auf "fehlgeschlagene Förderpolitik" auf der anderen Seite der Grenze seines Landkreises hin, nämlich im französischen Lothringen. Dort würden Wachstumskerne gefördert, und aufgrund einseitiger Förderung würden andere Regionen "verarmen". Wildwuchs bei der Förderung müsse natürlich bekämpft werden. "Es gibt wachsende und schrumpfende Regionen, aber diese Entwicklung betrifft auch Städte", sagte er. Dementsprechend müsse das Fördersystem schrittweise weiterentwickelt werden, "um dessen Treffsicherheit zu erhalten", schloss er.

Personalwechsel in der PGW-Geschäftsstelle

Vera Gorniak nach 33 Dienstjahren in den Ruhestand getreten

Zum 31. Juli 2006 schied **Vera Gorniak** nach 33 Dienstjahren aus dem aktiven Arbeitsleben aus. Sie bearbeitete in der Geschäftsstelle vor allem den Bereich Regionalstatistik und war zuständig für die technische Abwicklung des Haushaltes. Außerdem war sie verantwortlich für den Sitzungsdienst, in dessen Rahmen sie in ihrer langen Dienstzeit allein rund 120 Niederschriften über Sitzungen der Gremien der PGW anfertigte.
Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in Frankfurt und Innsbruck trat Frau Gorniak zum 1. April 1973 in den Dienst der PGW, damals noch mit selbständiger Geschäftsstelle im Hause der Kreisverwaltung Kaiserslautern, später in der Villa Munzinger (heutige Intendantur des Pfalztheaters).

Nach der Integration der Geschäftsstelle in die damalige Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz zum 1. Januar 1975 verlagerte sich ihr Arbeitsplatz nach Neustadt/Wstr.; 1997 erfolgte die Rückverlagerung nach Kaiserslautern.

Im Rahmen der Sitzung der Regionalvertretung am 21. November 2006 wurde Vera Gorniak offiziell verabschiedet und zum Dank für ihre langjährige Tätigkeit mit einem Buchpräsent geehrt.

Wir wünschen ihr für den Ruhestand beste Gesundheit und Muße für ihren Garten, das Reisen und Wandern.

Hans Joachim Fette neuer Referent für Infrastruktur und Regionalstatistik

Zum 1. September 2006 hat die Geschäftsstelle Verstärkung bekommen in Person von Hans Joachim Fette, Dipl.-Ing. für Raum- und Umweltplanung und Bauassessor.

Bisher arbeitete Herr Fette für die Planungsgemeinschaften Rheinpfalz und Rheinhessen-Nahe; für die PGW übernimmt er die Funktion des Referenten für Infrastruktur und Regionalstatistik.

Schwerpunkt seiner konzeptionellen Arbeit wird – vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – die Sicherung der Daseinsvorsorge in angemessener Erreichbarkeit sein.

Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit unserem neuen Kollegen.

Geschäftsstelle ab Januar 2007 mit neuen Telefonnummern

Aufgrund von Veränderungen im Bereich des bisher genutzten Telefonnetzes bekommt die Geschäftsstelle neue Rufnummern zugeteilt.

Ab dem 15. Januar 2007 sind die Geschäftsstelle und die Mitarbeiter unter folgenden Durchwahlen zu erreichen; die bekannten E-Mail-Adressen bleiben unverändert:

Anschluss	Rufnummer	E-Mail
Geschäftsstelle / Zentrale	0631 – 205 774-0	pgw@westpfalz.de
Theophil Weick	0631 – 205 774-11	weick@westpfalz.de
Herbert Gouverneur	0631 – 205 774-12	gouverneur@westpfalz.de
Stefan Germer	0631 – 205 774-13	germer@westpfalz.de
Hans Joachim Fette	0631 – 205 774-14	fette@westpfalz.de
Telefax	0631 – 205 774-20	- - -

Planungsgemeinschaft Westpfalz, Raumordnung und Regionalentwicklung: Wer wir sind und was wir tun.

Inhalt und Aufgaben der Raumordnung allgemein

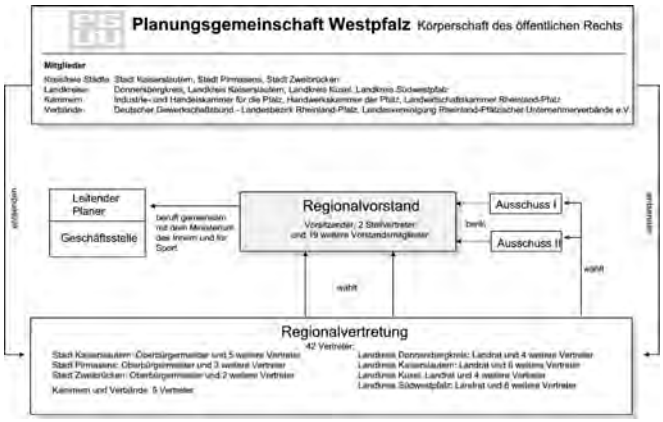
Der Mensch beansprucht Raum und verändert ihn. Dazu tragen vielfältige Entwicklungen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Erholen und Kommunizieren bei. Die Raumordnung hat generell die Aufgabe, diese Raumansprüche sowie deren Veränderung mit den vorhandenen natürlichen Ressourcen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernisse abzustimmen (Prinzip der Nachhaltigkeit) und wertgleiche Lebensbedingungen für die Bevölkerung zu gestalten (Prinzip der Gleichwertigkeit).

Raumordnung in Rheinland-Pfalz

Die für die Raumordnung in Rheinland-Pfalz maßgebenden Ziele finden sich auf Landesebene im Landesentwicklungsprogramm (LEP) und auf der Ebene der Planungsregionen in den Regionalen Raumordnungsplänen (ROP). Der ROP ist dabei die Nahtstelle zwischen örtlicher und überörtlicher Planung; hier erfolgt sowohl die konkretisierende Ausarbeitung von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung für das Gebiet der Gesamtregion als auch die Abstimmung zwischen dieser zusammenfassenden, koordinierenden und langfristig angelegten Planung mit der Bauleitplanung (Flächennutzungs- und Bebauungsplan) der Kommunen.
Zuständig für Raumordnung und Regionalentwicklung im Gebiet der jeweiligen Region sind die Planungsgemeinschaften – für die Region Westpfalz die Planungsgemeinschaft Westpfalz (PGW). Mitglieder der PGW sind die kreisfreien Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken, die Landkreise Donnersbergkreis, Kaiserslautern, Kusel und Südwestpfalz sowie Kammern und Verbände (IHK, HWK, LWK, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände).

Organisation der PGW

Regionalpolitische Entscheidungen werden in der Regionalvertretung und dem hieraus gewählten Regionalvorstand getroffen. Fachliche Fragen werden in zwei Ausschüssen (I= Raumordnung, II = Regionalentwicklung) bis zur Entscheidungsreife vorbereitet. Die Geschäftsführung übernimmt der Leitende Planer mit einer kleinen Stabsstelle in Kaiserslautern.



Seit über 40 Jahren zum Wohle der Region

Raumordnung und Regionalentwicklung werden in der Westpfalz bereits seit 40 Jahren erfolgreich betrieben. Hauptaufgabe ist die Aufstellung und Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans. Mit dem am 08.11.2004 verbindlich gewordenen ROP konnte der ROP aus dem Jahr 1990 und dessen Teilfortschreibung aus dem Jahr 1995 kontinuierlich, kreativ und innovativ weiterentwickelt werden. Mit dem neuen ROP ist es der PGW gelungen, einen sog. schlanken Plan vorzulegen, einen Plan also, der sich auf seine Kernkompetenzen beschränkt und daher ein effektives Instrument zur Beeinflussung der räumlichen Entwicklung der Region darstellt. Die Kernkompetenzen sind die Koordination von Raumnutzungen, der vorsorgende Schutz der raumgebundenen Ressourcen und die Gewährleistung einer weitreichenden Planungs- und Investitionssicherheit. Daneben ist Raumordnung und Regionalentwicklung heute gefordert, durch Erarbeitung von Entwicklungskonzeptionen und Umsetzung von Projekten ihren Beitrag zur Moderation komplexer räumlicher Entwicklungen zu leisten. So erstellt die PGW zusammen mit der Entwicklungsagentur (EA) Rheinland-Pfalz mit Sitz an der TU Kaiserslautern im Rahmen der Erarbeitung der Westpfalz-Strategie z.Z. in einer ersten Phase eine Stärken-Schwächen- und Potenzialanalyse mit dem Ziel, zeitnah geeignete Projekte zu identifizieren, die die Westpfalz insgesamt stärken und zur Vernetzung der Kräfte der Region beitragen.